

Künstlersozialkasse

eine Informationsbroschüre



Arbeitsgemeinschaft
der mitteldeutschen
Landesmedienanstalten
(AML)

Künstlersozialkasse

eine Informationsbroschüre

Vorwort	3
1. Was ist und was macht die KSK?	4
1.1 Allgemein	4
1.2 Aufgaben.....	4
2. Wer ist nach dem KSVG versichert?	5
2.1 Versicherungspflichtige	5
2.2 Versicherungsfreie.....	5
3. Wer ist für welche Leistungen abgabepflichtig?	6
3.1 Personenkreis	6
Typische Leistungsverwerter	6
Landesmedienanstalten als Leistungsverwerter	6
Eigenwerber	7
Sonstige Unternehmer/Generalklausel	7
3.2 Unternehmerbegriff	8
3.3 Begriff »künstlerische/publizistische Leistung«	8
3.4 Abgabepflicht dem Grunde und der Höhe nach.....	9
3.5 Höhe der Beiträge	9
3.6 Meldepflichtige Entgelte	9
4. Wie ist das Verfahren?	10
4.1 Erstmalige Meldung	10
4.2 Monatliche Vorauszahlung	10
4.3 Aufzeichnungspflicht	11
4.4 Unterlassene Meldung	12
4.5 Rechtsschutzmöglichkeiten	12
5. Was gibt es sonst noch zu beachten?	13
5.1 Abgabepflicht rückwirkend für fünf Jahre	13
5.2 Keine Übertragung auf den Künstler	13
5.3 Möglichkeit der Bildung von Ausgleichsvereinigungen	13
5.4 Abgrenzungskatalog für im Bereich Rundfunk- und Fernsehanbieter tätige Personen	14
5.5 Weiterführende Information	14

Vorwort

In den letzten Monaten flatterten lokalen Radio- und Fernsehveranstaltern Bescheide von einer Einrichtung ins Haus, von der sie bisher noch nie etwas gehört haben: der Künstlersozialkasse (KSK) in Wilhelmshaven.

Das KSK-Radar erfasst schon ganz Mitteldeutschland und ist dabei, sich auch auf die anderen Regionen in Deutschland zu richten. Von der Beitragspflicht sind aber nicht nur alle kommerziellen und nichtkommerziellen Rundfunkveranstalter betroffen, sondern auch die Landesmedienanstalten. Ein bis zum Bundessozialgericht vorangetriebener Fall macht sie zu abgabepflichtigen Unternehmen, wenn sie einen Offenen Kanal eingerichtet haben. Betroffen sind davon aber auch alle Offenen Kanäle in anderer Trägerschaft sowie die Aus- und Fortbildungskanäle. Auch die Herausgabe einer Schriftenreihe kann beitragspflichtig machen.

Wegen des dringenden Informationsbedarfs veranstaltete die Arbeitsgemeinschaft der Mitteldeutschen Landesmedienanstalten (AML) im April 2006 einen Informations- und Diskussionsabend zum Thema Künstlersozialkasse, der auf reges Interesse hiesiger Veranstalter gestoßen ist.

Um auch anderen Interessierten einen ersten Einblick in das Wesen der Künstlersozialkasse zu ermöglichen, ist diese Informationsbroschüre erstellt worden. Sie dient dazu, das unbekannte Wesen Künstlersozialversicherung, Künstlersozialabgabe und Künstlersozialkasse näher kennen zu lernen und die Fragen zu beantworten, die sich stellen, wenn KSK-Post eingegangen ist. Wer weiß, in welchen Fällen Beiträge an die KSK abzuführen sind, der ist vor unliebsamen Überraschungen gefeit. Selbst der KSK-Schätzbescheid verliert dann seinen Schrecken, weil schnell festgestellt werden kann, dass die tatsächliche Abgabepflicht weit unter den Beträgen liegt, welche die KSK angenommen hat.

Bei Fragen, die in der Broschüre nicht angesprochen sind, hilft die TLM gerne weiter.

Dr. Victor Henle
Direktor der TLM
Erfurt, Juni 2006



1. Was ist und was macht die KSK?

1.1 Allgemein

Die Künstlersozialkasse (KSK) ist die Vollzugsbehörde für das Künstlersozialversicherungsgesetz (KSVG). Organisatorisch ist sie eine Abteilung der Unfallkasse des Bundes, die ihren Sitz in Wilhelmshaven hat.

Das Künstlersozialversicherungsgesetz gilt seit 1983. Es bietet selbstständigen Künstlern und Publizisten sozialen Schutz in der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung. Anlass für das KSVG war der Künstlerbericht der Bundesregierung von 1975, der diese Berufsgruppe als besonders schützenswert einstufte und gegenüber Angestellten im Hinblick auf die soziale Absicherung gleichstellen wollte. Ziel des KSVG ist, Künstler im Alter und im Krankheitsfall davor zu bewahren, zu sozialen Härtefällen zu werden. Im Gegensatz zu anderen Selbstständigen müssen sie wie Arbeitnehmer lediglich die Hälfte der Versicherungsbeiträge zahlen. Die andere Hälfte wird durch einen Zuschuss des Bundes und die Künstlersozialabgabe der Unternehmen, die künstlerische und publizistische Leistungen in Anspruch nehmen und verwerten, aufgebracht.

1.2 Aufgaben

Die KSK hat im Wesentlichen zwei Aufgabenbereiche. Einerseits prüft sie die Versicherungspflicht eines Künstlers oder Publizisten, andererseits zieht sie den Beitragsanteil der Versicherten, die Künstlersozialabgabe der abgabepflichtigen Unternehmen und den Bundeszuschuss ein. Sie ist keine Versicherung im Sinne der Sozialversicherungen bei Arbeitnehmern und erbringt selbst keine Kassen- oder Versicherungsleistungen. Sie meldet die versicherten Künstler bei den Kranken- und Pflegekassen und bei der allgemeinen Rentenversicherung an und leitet die Beiträge dorthin weiter. Leistungen aus dem Versicherungsverhältnis (Krankengeld, Rente, Pflegegeld, etc.) erbringen ausschließlich die Träger der Rentenversicherung und die gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen, an die auch etwaige Anträge auf bestimmte Leistungen gestellt werden müssen.



2. Wer ist nach dem KSVG versichert?

2.1 Versicherungspflichtige

Nach § 1 KSVG ist jeder selbstständige Künstler oder Publizist versichert (Rentenversicherung der Angestellten, gesetzliche Krankenversicherung, Pflegeversicherung), der seine Tätigkeit erwerbsmäßig und nicht nur vorübergehend ausübt. Er muss überwiegend in Deutschland tätig sein. Es handelt sich um eine Pflichtversicherung. Ausschlaggebend für die Versicherungspflicht ist das Vorliegen der genannten Tatbestände.

Erwerbsmäßig ist jede nachhaltige, auf Dauer angelegte Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen, die den Lebensunterhalt sichern. Selbstständig ist die künstlerische Tätigkeit nur, wenn sie keine abhängige Beschäftigung im Rahmen eines Arbeitsverhältnisses darstellt. Für die Abgrenzung kommt es allein auf das Verhältnis zwischen dem Künstler und seinem Auftraggeber an. Von selbstständiger Tätigkeit ist stets auszugehen, wenn der Künstler im Unternehmen des Abgabepflichtigen nicht abhängig als Arbeitnehmer beschäftigt ist, sondern auf freiberuflicher Basis tätig wird. Eine anderweitige hauptberufliche Tätigkeit ist ohne Belang.

2.2 Versicherungsfreie

Nicht versichert ist in der Regel, wer wie ein Unternehmer mehr als einen Arbeitnehmer beschäftigt (§ 1 Nr. 2 KSVG), gewisse Mindestverdienstgrenzen nicht erreicht (§ 3 KSVG) oder zu den versicherungsfreien Personen nach §§ 4 und 5 KSVG gehört. Darüber hinaus kann ein Künstler oder Publizist einen Antrag auf Befreiung von der Versicherungspflicht stellen.

Für die Berechnung der monatlichen Beiträge zur gesetzlichen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung wird das Jahresarbeitseinkommen der selbstständigen Künstler und Publizisten als Grundlage herangezogen. Das Jahresarbeitseinkommen ist auf der Grundlage von Erfahrungswerten am Jahresende jeweils für das kommende Jahr zu schätzen.



3. Wer ist für welche Leistungen abgabepflichtig?

3.1 Personenkreis

Typische Leistungsverwerter

Abgabepflichtig sind zunächst alle Unternehmer, die dem Katalog des § 24 Abs. 1 KSVG zuzuordnen sind:

- Verlage und Presseagenturen,
- Theater, Orchester, Chöre,
- Veranstalter jeglicher Art (Konzert- und Gastspielformen, Tourneeveranstalter, Agenturen, etc.),
- Rundfunk, Fernsehen,
- Hersteller von bespielten Bild- und Tonträgern (Film, TV, Musik-Produktion, Tonstudio, etc.),
- Galerien, Kunsthändler,
- Werbeagenturen, PR-Agenturen, Multi-Media-Agenturen,
- Varieté- und Zirkusunternehmen,
- Museen,
- Aus- und Fortbildungseinrichtungen für künstlerische oder publizistische Tätigkeiten.

Bei diesen Unternehmen wird schon durch den Unternehmenszweck deutlich, dass sie typische Verwerter von künstlerischen oder publizistischen Leistungen sind.

Landesmedienanstalten als Leistungsverwerter

Nach einem Urteil des Bundessozialgerichts vom 4. März 2004 (B 3 KR 6/03 R) kann auch eine Landesmedienanstalt zu dem Kreis der abgabepflichtigen Leistungsverwerter gezählt werden. In seinem Urteil hat das Gericht die Abgabepflicht der Landesmedienanstalt damit begründet, dass sie mit einem Offenen Kanal Fernsehen betreibt und damit den Tatbestand des § 24 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 KSVG (Rundfunk/Fernsehen) erfüllt. Unerheblich sei, dass die Landesmedienanstalt für die verbreiteten Beiträge keine inhaltliche Programmverantwortung trage. Der Wortlaut des Gesetzes schließe nicht aus, auch bloße Verbreiter von Sendungen über elektromagnetische Wellen als Fernsehunternehmen einzuordnen. Der Gesetzgeber habe nur die Unternehmen von der Abgabepflicht ausklammern wollen, die sich auf rein technische Maßnahmen der Verbreitung oder Vervielfältigung beschränken. Das ist bei einer Landesmedienanstalt jedoch gerade nicht der Fall, weil sie auch durch eigenen personellen Einsatz dafür Sorge, dass Programmbeiträge Dritter gesendet werden können.

Im Übrigen könne sich die Abgabepflicht einer Landesmedienanstalt auch dadurch ergeben, dass sie regelmäßig Gutachten, Aufsätze und sonstige Beiträge von wissenschaftlichen Autoren erstellen lässt und diese in den von ihr herausgegebenen Schriftenreihen veröffentlicht. Damit Sorge sie für die Darbietung publizistischer Werke oder Leistungen und erfülle den Tatbestand des § 24 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 KSVG. Das Gericht hat die Frage, ob eine Landesmedienanstalt als Herausgeberin einer Schriftenreihe daneben auch noch als Verlagsunternehmen zu betrachten ist oder wegen Werbung bzw. Öffentlichkeitsarbeit für Zwecke ihres eigenen Unternehmens als Eigenwerber der Abgabepflicht unterliegt, zwar angerissen, letztlich aber offen gelassen. Schließlich stehe die grundsätzliche Abgabepflicht eines Unternehmens bereits dann fest, wenn wenigstens ein Abgabetatbestand für den gesamten erfassten Zeitraum zutrifft.

Eigenwerber

Weiterhin sind auch solche Unternehmer abgabepflichtig, die für eigene Zwecke Werbung oder Öffentlichkeitsarbeit betreiben und dabei nicht nur gelegentlich Aufträge an freie Künstler oder Publizisten vergeben. Bedeutend ist dabei der Begriff der Regelmäßigkeit. So führt zum Beispiel die gelegentliche Beauftragung eines Grafikers für die Gestaltung einer Visitenkarte noch nicht zur Abgabepflicht, wiederkehrende Veranstaltungen oder Plakataktionen dagegen schon. Eine direkte Einnahmeerzielung ist dabei nicht erforderlich. Als Maßnahmen der Werbung oder Öffentlichkeitsarbeit kommen z. B. Publikationen in Zeitungen, Zeitschriften, Katalogen, Geschäftsberichten, Veranstaltungen, Ausstellungen und Werbegeschenke in Betracht. Nicht als Werbung oder Öffentlichkeitsarbeit sind Aktivitäten zu qualifizieren, die sich nur auf den Kreis der eigenen ständigen Mitarbeiter richten und keinen Bezug zur allgemeinen Öffentlichkeit haben.

Bei jeder Bewertung ist letztlich auf den Einzelfall abzustellen, was in der Vergangenheit immer wieder zu schwierigen Abgrenzungsfragen führte.

Sonstige Unternehmer/Generalklausel

Nach der Begründung des Gesetzes wird mit § 24 Abs. 2 KSVG dem Katalog der typischen Verwerter eine Generalklausel hinzugefügt. Dadurch werden auch die Unternehmer abgabepflichtig, die zwar dem Unternehmenszweck nach nicht zu den typischen Verwertern von Kunst und Publizistik gehören, die aber sonst für Zwecke des Unternehmens ständig künstlerische oder publizistische Leistungen

nutzen und im Zusammenhang mit dieser Nutzung Einnahmen erzielen wollen. Während bei den typischen Leistungsverwertern für die Erfüllung des Unternehmerbegriffs eine indirekte Einnahmeerzielung ausreicht, setzt die Generalklausel einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Kunstverwertung und Einnahmeerzielung voraus. Beispiele hierfür sind Festveranstaltungen von Einzelhändlern oder Live-Musik in Gaststätten, die letztlich darauf gerichtet sind, den Umsatz dieser Unternehmen zu steigern. Künstlerische Leistungen, die nur privaten oder unternehmensinternen Zwecken dienen, fallen daher nicht unter die Abgabepflicht. Dies betrifft beispielsweise den Erwerb von Kunst zur Verschönerung der Büros.

3.2 Unternehmerbegriff

Problematisch ist der Begriff des Unternehmers, weil das KSVG ihn nicht explizit definiert. Der Begründung des Gesetzgebers zufolge ist von einem »sozialversicherungsrechtlichen Unternehmensbegriff« auszugehen, das heißt, eine Gewinnerzielungsabsicht ist nicht erforderlich. Die Abgabepflicht trifft demnach auch Einrichtungen, die ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke verfolgen.

In Ermangelung einer eigenständigen Definition hat das Bundessozialgericht entschieden, dass sich die Auslegung des Begriffs »Unternehmer« entscheidend am Zweck des KSVG ausrichtet. Dieser besteht darin, alle Personen zu erfassen, die Leistungen selbstständiger Künstler oder Publizisten in Anspruch nehmen und vermarkten, sofern sie eine nachhaltige und nicht nur gelegentliche Tätigkeit ausüben.

3.3 Begriff »künstlerische/publizistische Leistung«

Eine genaue Definition, was als künstlerische Leistung anzusehen ist, sucht man im KSVG vergeblich. Nach § 2 KSVG ist Künstler im Sinne des KSVG, wer Musik, darstellende oder bildende Kunst schafft, ausübt oder lehrt. Publizist im Sinne dieses Gesetzes ist, wer als Schriftsteller, Journalist oder in anderer Weise publizistisch tätig ist oder Publizistik lehrt. Nach einem Urteil des BSG vom 30. Januar 2001, AZ: B34R 11/00R, ist dem Kunstbegriff im Sinne des KSVG eine eigenschöpferische Leistung immanent, für die angesichts des Zwecks der Künstlersozialversicherung – Schutz gerade auch des weniger erfolgreichen Künstlers – allerdings ein relativ geringes Niveau ausreicht.

Im Übrigen ist es unerheblich, ob die Tätigkeit berufsmäßig oder nur als Nebentätigkeit oder gar Hobby ausgeübt wird. Ausgenommen hiervon sind lediglich die Künstler und Publizisten, die bei einem abgabepflichtigen Unternehmer abhängig beschäftigt, also nicht selbstständig sind.

3.4 Abgabepflicht dem Grunde und der Höhe nach

Das KSVG unterscheidet eine Abgabepflicht dem Grunde und der Höhe nach. Zunächst wird die grundsätzliche Abgabepflicht durch die KSK per Erfassungsbescheid festgestellt. Dies sagt aber noch nichts darüber aus, ob auch eine Abgabe zu leisten ist. Dies ist abhängig davon, ob tatsächlich Entgelte an Künstler oder Publizisten gezahlt worden sind. Die Höhe der Abgabe bemisst sich an der Höhe der an selbstständige Künstler und Publizisten gezahlten Entgelte.

3.5 Höhe der Beiträge

Bis 1999 wurde die Künstlersozialabgabe getrennt für die Bereiche Wort, bildende Kunst, Musik und darstellende Kunst berechnet. Seit 2000 gilt für alle vier Bereiche ein einheitlicher Abgabesatz, der jeweils bis zum 30. September durch Verordnung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales für das Folgejahr festgesetzt wird. Für 2006 beträgt der Abgabesatz 5,5 Prozent der Bemessungsgrundlage.

3.6 Meldepflichtige Entgelte

Bemessungsgrundlage der Künstlersozialversicherung sind gemäß § 25 Abs. 1 KSVG die Entgelte für künstlerische oder publizistische Werke oder Leistungen, die ein Abgabepflichtiger im Laufe eines Kalenderjahres an selbstständige Künstler oder Publizisten zahlt. Unter Entgelt versteht man alles, was der Unternehmer aufwendet, um das künstlerische/publizistische Werk oder die Leistung zu erhalten oder zu nutzen, ausgenommen der in einer Rechnung gesondert ausgewiesenen Umsatzsteuer und der Zahlungen an Verwertungsgesellschaften. Ob es sich bei den Aufwendungen um Gagen, Honorare, Ankaufpreise, Sachleistungen, freiwillige Leistungen zu Lebensversicherungen oder Pensionskassen, Zahlungen aus Kommissionsgeschäften, Tantiemen, Ausfallhonorare oder andere Formen der Bezahlung handelt, ist unerheblich. Grundsätzlich gehören auch alle Auslagen (z. B. Kosten für Telefon und



Fracht) und Nebenkosten (z. B. Material, Hilfskräfte und nicht-künstlerische Nebenleistungen) dazu, die dem Künstler oder Publizisten erstattet werden. Die Künstlersozialabgabe ist auch für Leistungen an Künstler zu zahlen, wenn diese selbst nach dem Gesetz nicht versicherungspflichtig sind. Die Abgabe ist also auch für Leistungen an Künstler zu erheben, die nach dem Gesetz versicherungsfrei sind oder von der Versicherungspflicht befreit wurden. Mit dieser Regelung soll verhindert werden, dass Künstler, die bereits eine soziale Sicherung haben (z. B. nebenberuflich tätige Angestellte oder Beamte) oder die nicht erwerbsmäßig künstlerisch oder publizistisch tätig sind (z. B. Studenten oder Rentner), dem Abgabepflichtigen die Abgabe ersparen und dadurch gegenüber dem versicherten Künstler oder Publizisten einen Konkurrenzvorteil haben.

4. Wie ist das Verfahren?

4.1 Erstmalige Meldung

Liegt eine Abgabepflicht vor, so hat sich der Abgabepflichtige gemäß § 27 KSVG bei der Künstlersozialkasse spätestens zum 31. März des Folgejahres zu melden. Die Meldung muss auch erfolgen, wenn in einem Kalenderjahr keine Honorare an selbstständige Künstler und Publizisten geleistet wurden, da die Abgabepflicht dem Grunde nach nicht vom Bestehen einer Abgabeschuld auf Grund von gezahlten Entgelten abhängig ist. Für die erstmalige Meldung gibt es keine Formvorschriften. Die KSK wird dem Abgabepflichtigen nach seiner Meldung zur Ermittlung der Höhe einen Fragebogen zusenden, der von dem Unternehmer selbst ausgefüllt werden muss.

Nach Prüfung der Abgabepflicht ergeht ein Feststellungsbescheid der KSK, in dem auch eine gegebenenfalls zurückliegende Abgabepflicht festgestellt wird. Dies kann unter Umständen eine Nachforderung für die vergangenen fünf Jahre bedeuten.

4.2 Monatliche Vorauszahlung

Stellt die KSK eine Abgabepflicht fest, so ist in der Folge eine monatliche Vorauszahlung an die KSK zu leisten. Diese berechnet die KSK auf der Grundlage der Entgelthöhe des vergangenen Jahres wie folgt: Die Entgelte des Vorjahres werden mit dem aktuellen Prozentsatz der Künstlersozialabgabe multipliziert und durch zwölf

geteilt. Ein Beispiel: Ein Unternehmer zahlt für das Jahr 2006 Entgelte an Künstler und Publizisten in Höhe von 20.000 Euro. Multipliziert mit dem für 2006 gültigen Prozentsatz von 5,5 und durch zwölf geteilt, ergibt sich eine monatliche Vorauszahlung von 91,67 Euro ab März 2007. Für die Monate Januar und Februar 2007 wird der Vorauszahlungsbetrag vom Dezember des Vorjahres angesetzt. Fällig sind die Vorauszahlungen jeweils zum 10. des Folgemonats. Bei verspäteten Vorauszahlungen erhebt die KSK einen Säumniszuschlag von 1 Prozent des rückständigen, auf 50 Euro nach unten abgerundeten Betrages.

Bei der nächsten Jahresmeldung wird die tatsächliche Abgabeschuld errechnet und mit den Vorauszahlungen saldiert. Zuviel geleistete Vorauszahlungen werden von der KSK erstattet, zu geringe Vorauszahlungen werden nachgefordert.

Unter bestimmten Voraussetzungen kann die Vorauszahlung auf Antrag gemindert werden. Das ist immer dann der Fall, wenn der Unternehmer glaubhaft versichern kann, dass für das nächste Jahr weniger Aufträge an Künstler und Publizisten vergeben werden.

4.3 Aufzeichnungspflicht

Gemäß § 28 KSVG unterliegt der Abgabepflichtige einer Aufzeichnungspflicht. Er hat alle Entgelte aufzulisten, die an freie Künstler und Publizisten in einem Kalenderjahr gezahlt worden sind. Für eine eindeutige Zuordnung der Zahlungsempfänger ist neben dem Namen, Künstlernamen bzw. Pseudonym, auch die vollständige Anschrift der Künstler zu vermerken. Weiterhin muss das Zustandekommen der Meldungen, Berechnungen und Zahlungen nachprüfbar sein, der Zusammenhang mit den Unterlagen muss herstellbar sein und auf Anforderung der Künstlersozialkasse müssen die abgabepflichtigen Entgelte listenmäßig zusammengefasst werden können.

Die Summe der aufgezeichneten Entgelte muss der Summe der gemeldeten Entgelte entsprechen und anhand von Rechnungen, Quittungen oder Verträgen nachprüfbar sein.

Die Form der Aufzeichnung ist gesetzlich nicht vorgeschrieben. Dem Unternehmer bleibt es daher überlassen, wie er seiner Aufzeichnungspflicht nachkommen will. Die Aufzeichnungen können entweder im Rahmen der Buchführung durch Einrichtung zusätzlicher Konten oder außerhalb derselben in Form von Listen, Kladden usw. geführt werden.

4.4 Unterlassene Meldung

Wird die Meldung nicht rechtzeitig oder nicht richtig abgegeben, kann ein Verfahren wegen Ordnungswidrigkeit eingeleitet werden, das mit einem Bußgeld von bis zu 5.000 Euro geahndet werden kann.

Darüber hinaus ist für die KSK die Schätzung der Entgelte nunmehr zwingend. Bemessungsgrundlage für die Schätzung können Meldungen von Unternehmen der gleichen Branche, wie der des zu schätzenden Unternehmens oder Meldungen des Unternehmers für Vorjahre sein. Die KSK kann auch Auskünfte aus den Steuerunterlagen des Unternehmens vom zuständigen Finanzamt zur Festsetzung der Künstlersozialabgabe einholen. Die Schätzung der KSK ist aber nicht endgültig. Sie kann berichtigt werden, wenn das betroffene Unternehmen die Meldung nachholt, also die tatsächliche Höhe der Entgelte meldet.

4.5 Rechtsschutzmöglichkeiten

Die Bescheide, mit denen die KSK über die Abgabepflicht und über die Höhe der Künstlersozialabgabe befindet, stellen Verwaltungsakte dar, die in Bestandskraft erwachsen, wenn gegen sie nicht rechtzeitig vorgegangen wird. Die einem Unternehmen zur Verfügung stehenden Rechtsmittel sind der Widerspruch und die Klage vor dem Sozialgericht. Der Widerspruch muss innerhalb eines Monats, nachdem der Bescheid dem Unternehmer bekannt gegeben worden ist, schriftlich bei der KSK eingegangen sein. Über den Widerspruch entscheidet ein spezieller, bei der KSK eingerichteter Widerspruchsausschuss. Der Widerspruch bedarf ansonsten keiner bestimmten Form und keines bestimmten Inhalts.

Hilft die KSK dem Widerspruch nicht ab, ergeht ein so genannter Widerspruchsbescheid. Daraufhin steht dem Unternehmen die Klage vor dem Sozialgericht offen. Auch die Klage muss binnen eines Monats nach Zustellung des Widerspruchsbescheides erhoben werden.



5. Was gibt es sonst noch zu beachten?

5.1 Abgabepflicht rückwirkend für fünf Jahre

Die Pflicht zur Leistung der Künstlersozialabgabe verjährt in vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem sie fällig geworden ist. Da die Künstlersozialabgabe erst zum 31. März des Folgejahres fällig wird, kann die KSK die Abgabe der letzten fünf Kalenderjahre erheben. Selbst wenn die monatlichen Abgaben relativ gering ausfallen, kann sich über diesen Zeitraum eine Summe angesammelt haben, die für viele Unternehmen eine unvorhergesehene finanzielle Belastung darstellt. Sollte also in den vergangenen fünf Jahren eine Pflicht zur Abgabe an die Künstlersozialkasse bestanden haben, ist es ratsam, gleichzeitig mit der Meldung eine Stundung gemäß § 76 Abs. 2 Nr. 1 SGB IV zu beantragen. Eine solche Stundung wird in der Regel dann gewährt, wenn die sofortige Einziehung mit erheblichen Härten für den Anspruchsgegner verbunden wäre, er also beispielsweise in ernsthafte Zahlungsschwierigkeiten geraten würde. Oftmals wird eine Sicherheitsleistung gefordert und der gestundete Betrag wird verzinst.

5.2 Keine Übertragung auf den Künstler

Die Künstlersozialabgabe darf nicht auf den Künstler abgewälzt bzw. ihm in Rechnung gestellt werden. Gemäß § 36 a KSVG i. V. m. § 32 SGB I sind »privatrechtliche Vereinbarungen, die zum Nachteil des Sozialleistungsberechtigten von Vorschriften dieses Gesetzbuches abweichen, nichtig«. Sollten solche Vereinbarungen zwischen Künstler und Verwerter bestehen, kann der Künstler dennoch die volle Auszahlung des Honorars verlangen.

5.3 Möglichkeit der Bildung von Ausgleichsvereinigungen

Das KSVG gibt Abgabepflichtigen mit Zustimmung der Künstlersozialkasse und des Bundesversicherungsamtes die Möglichkeit, sich zu Ausgleichsvereinigungen zusammenzuschließen und die Aufbringung der Künstlersozialabgabe abweichend von den allgemeinen Regelungen des Gesetzes zu gestalten. Für eine Ausgleichsvereinigung kann zur Erhebung der Künstlersozialabgabe z. B. ein anderer Maßstab angelegt werden als die an selbstständige Künstler und Publizisten gezahlten Entgelte (§ 32 KSVG). Die Summe der Abgaben, die von der Ausgleichsvereinigung für ihre Mitglieder

an die KSK abgeführt wird, muss insgesamt jedoch dem entsprechen, was die Mitglieder ohne die Einrichtung der Ausgleichsvereinigung an die KSK abführen müssten. Die Vereinbarung einer geringeren Pauschalsumme ist demnach nicht möglich.

Die Bildung einer Ausgleichsvereinigung hat wesentliche Vorteile: Durch eine pauschale Berechnung der Künstlersozialabgabe für die Zukunft tritt eine erhebliche Verwaltungsvereinfachung ein, die Aufzeichnungspflichten nach § 28 KSVG entfallen für die Zeit der Mitgliedschaft in einer Ausgleichsvereinigung, bei Mitgliedern von Ausgleichsvereinigungen werden grundsätzlich keine Betriebsprüfungen durch die Künstlersozialkasse durchgeführt und die finanzielle Belastung durch die Künstlersozialabgabe kann von den Abgabepflichtigen für die Zukunft besser kalkuliert werden.

5.4 Abgrenzungskatalog für im Bereich Rundfunk- und Fernsehanbieter tätige Personen

Für die Abgrenzung selbstständiger Tätigkeit von abhängiger Beschäftigung für im Bereich Theater, Orchester, Rundfunk- und Fernsehanbieter, Film- und Fernsehproduktionen tätige Personen wurde von den Spitzenorganisationen der Sozialversicherung ein Katalog entwickelt, der bei der KSK abgefordert oder unter www.kuenstlersozialkasse.de/Unternehmer/Informationsschriften/InfoNr.09Abgrenzungskatalog/tabid/162/Default.aspx heruntergeladen werden kann.

5.5 Weiterführende Information

Weiterführende Informationen finden Sie unter:

www.kuenstlersozialkasse.de

www.bmas.bund.de

www.kunstrecht.de.





Herausgeber:

Arbeitsgemeinschaft
der mitteldeutschen
Landesmedienanstalten (AML)

Verantwortlich:

Dr. Victor Henle, TLM

Thüringer Landesmedienanstalt (TLM)
Steigerstraße 10, 99096 Erfurt

Postfach 90 03 61, 99106 Erfurt

Tel.: 0361 21177-0, Fax: 0361 2117755
mail@tlm.de, www.tlm.de

